



Belegschaftsinfo

Nr. 137: 04. Juli 2002

Information der Belegschaftsliste
für die Beschäftigten bei Bayer Wuppertal

„Wir wollen zu den Gewinnern gehören“

Die überdimensionalen Plakate mit Aufbausprüchen á la DDR sollen uns auf die Zukunft einstimmen. Diese Woche ist es so weit, die Strukturen der Bayer Health Care (BHC) treten virtuell in Kraft. In aufwendigen Informationsveranstaltungen wurde zwar viel Allgemeines zum Besten gegeben, aber auf konkrete Information, den eigenen Bereich betreffend, wartet man noch heute. Es wird auf eine nächste Veranstaltung vertröstet. Aber auch auf den gleichgeschalteten Abteilungsversammlungen hieß es, alles hänge von dem/n (möglichen) Partner/n ab und regele sich im Wesentlichen durch Fluktuation und mit ein paar Versetzungen. Kurz vor dem Stichtag 1.7. erhielt man beispielsweise einen Brief, in dem steht, dass man zur Pharma und z.B. zur Forschung gehöre, nicht einmal die Abteilung wurde genannt. Dafür wurde darauf verwiesen, dass man ja schon zuvor von seinem Vorgesetzten informiert wor-

den sei. Dieser angesprochen, weiß leider auch von nichts. Vom Betriebsrat erfährt man auch nichts. Wir lesen in Berichten aus Leverkusen, dass ca. 300 KollegInnen aus ELB in die Dienstleistungsgesellschaften gehen. Aber was sie danach erwartet, wissen sie auch nicht, das steht leider auf keinem der großen Plakate. So richtig als Gewinner kann man sich da nicht fühlen.

Wer sind dann die Gewinner?

Dazu einen kleinen Ausflug zum Handelsblatt vom 16.6.02. Das Nettoeinkommen der Bundesbürger ist in den vergangenen Jahren nur zögernd gestiegen. Die Manager hingegen konnten ihre Gagen jüngst verdoppeln. Jetzt wächst die Kritik. Tatsächlich hat jeder zweite Vorstand der führenden deutschen Unternehmen im vergangenen Jahr seine

Bezüge erhöht – trotz sinkender Aktienkurse und hoher Gewinneinbrüche. Nach Angaben der Personalberatung Kienbaum konnte nahezu jeder Vorstand seine Bezüge in den vergangenen vier Jahren sogar verdoppeln, einige gar verzehnfachen.

Es gibt aber auch Verlierer

Zu diesen gehören unter anderem Kolleginnen und Kollegen in West

Fortsetzung auf der nächsten Seite...



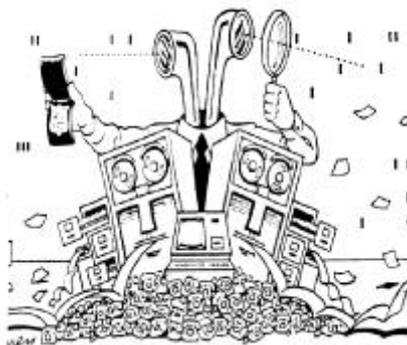
Ausforschung bis auf's Hemd - Regelung notwendig

Nach dem Vorwurf, umfangreiche Privatarbeiten bei Bayer erledigt zu haben, haben mehrere Mitarbeiter aus Geb. 402 ihr Arbeitsverhältnis bei Bayer (zwangsweise) beendet.

Doch damit ist die Geschichte noch lange nicht zu Ende. Die mittlerweile ermittelnde Konzernrevision dreht Büros, Akten oder PCs und Lotus-Notes-Daten buchstäblich auf den Kopf und verfolgt jede Spur akribisch. Mitarbeiter, die mit den Betroffenen in zu engem Kontakt waren und vielleicht als „Kunden“ bezeichnet werden könnten, geraten ebenfalls in die

Untersuchungsspirale. So wurden bereits die EDV-Daten weiterer Mitarbeiter durchleuchtet, Anhörungen beim Werkschutz folgten.

Wir halten das Vorgehen der Konzernrevision für überzogen und nicht korrekt - auch die Ausforschung von EDV-Daten, ohne vorherige Ankündigung bei den Betroffenen. Nach Auffassung der



Belegschaftsliste sind alle Untersuchungen ohne Beteiligung des Betriebsrates nicht zulässig.

Der Betriebsrat hat in der letzten Woche folglich auch beschlossen, gegebenenfalls rechtliche Schritte gegen Bayer einzuleiten. Jetzt in der gesamten Belegschaft nach irgendetwelchen weiteren Delikten zu suchen und diese (laut Personalchef Schuster) mit unnachgiebiger Härte bestrafen zu wollen, lehnen wir ab. Uns zeigt dies deutlich, wie wichtig und notwendig eine Betriebsvereinbarung zur Nutzung von Lotus-Notes oder Internet ist. ...

Fortsetzung auf der letzten Seite...

Betriebsversammlung,
am 9. Juli 2002 ab 9.00 Uhr,
Sporthalle Rutenbeck

"Wir wollen zu den Gewinnern gehören..."

Haven und Stoke Court, die nach einem freundlichen Gespräch über die Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses umgehend ihre Sachen packen konnten. Jahre lang für Bayer engagiert gearbeitet, kriegen sie nun den Tritt. Nach Aussagen von Beteiligten haben sich Tragödien abgespielt...

Da können wir hier in Deutschland doch froh sein, dass es noch so „altmodische“ Arbeitsgesetze wie den Kündigungsschutz und die Betriebsverfassung gibt, die der Freisetzungswut der gutbezahlten Manager einige Grenzen setzen.

Und die deutschen Gewerkschaften?

Aber damit soll nach Willen der Unternehmer und vieler Politiker Schluss sein. Die Gesetze zum Schutze der Arbeitnehmer stehen auf der „Reform“-Liste. Angesichts zunehmender Firmenbankrotte und Massenentlassungen wird vielen Menschen klar, dass Arbeitslosigkeit vielleicht doch nicht nur eine Sache von Millionen von „Drückebergern“ ist, sondern auch das eigene Schicksal werden könnte. Zudem

zerschlagen crashende Aktienkurse die aufgeblasenen Hoffnungen vom leichten Geld, stellen aber auch die Versorgungssicherheit der privaten Rentenfonds fundamental in Frage. In Italien, Spanien und Griechenland haben diese Angriffe die Gewerkschaften auf den Plan gerufen. Sie haben ihren Regierungen mit Generalstreiks die gelbe Karte gezeigt und klar gemacht, dass sie die Demontage von Kündigungsschutzrechten und Verschlechterungen in der Arbeitslosenversorgung nicht kampflos hinnehmen werden. Mal sehen, wie die deutschen Gewerkschaften unsere Errungenschaften verteidigen.

In diesen Zeiten gesellschaftlicher Unsicherheit kommt es bei immer mehr KollegInnen zu Spannungen, Ängsten, Krankheiten und leider auch unkollegialen Reaktionen. Dabei wäre das Gegenteil angesagt: Zusammenhalt, Solidarität, Kollegialität – leicht aus der Mode gekommen, sollten unsere Leitlinie am Arbeitsplatz werden.

Schließung von Geb. 16/17

Schon seit Jahren angekündigt, aber aufgrund gestiegener Nachfrage und Problemen in Geb. 9 immer wieder verschoben, wurde die Produktion von 5-Aminosalicylsäure in Geb. 16/17 Ende Juni 2002 endgültig(?) eingestellt. Die Gebäude sollen zur Zeit aus Kostengründen weder abgerissen noch entkernt werden. Allerdings ist eine Reinigung der Anlage vorgesehen. Diese soll ca. 3 Monate dauern und von 2 Teams in Früh- und Spätschicht durchgeführt werden (Entgeltausgleich, Regelung der Arbeitszeit analog Abfahren Lipobay-Betrieb).

Die nicht für die Reinigung benötigten Mitarbeiter wurden bereits nach Geb. 9/11 versetzt oder kehrten in ihre Heimatbetriebe zurück. Die mit der Anlagenreinigung beauftragten Kollegen werden dann in 3 Monaten versetzt. Insgesamt sind 18 Kollegen von der Schließung betroffen.

Geb. 90: Neues Tagschichtteam „Anlagen-Reinigung“

Um die Effizienz der umfangreichen Reinigungsarbeiten bei Produktwechsel zu verbessern soll in Geb. 90 ein 5 Mitarbeiter umfassendes Team eingerichtet werden, das ausschließlich in Tagschicht arbeiten soll. Gesucht werden Schicht-Mitarbeiter der E-Gruppen 4-6 aus dem Technischen Raum. Es sollen zuerst 2 Probeläufe von jeweils 2 Monaten mit jeweils 5 Mitarbeitern bei vollem Entgeltausgleich erfolgen.

Entgeltverlust ausgleichen

Der Betriebsausschuss des Betriebsrates hat diskutiert, dass eine endgültige Versetzung auf Tag-

schicht nur freiwillig erfolgen darf, da die bisherigen Schichtzulagen in 10 Monaten abgebaut werden sollen und dies für die betroffenen Mitarbeiter gravierende Entgelteinbußen mit sich bringen würde.

Wenn sich nicht genügend Mitarbeiter aus PH-TR melden, sollen „Freiwillige“ aus anderen Vollkonti-Betrieben berücksichtigt werden.

Zwangsversetzungen von Schicht auf Tagschicht ohne vollen Entgeltausgleich lehnt die Belegschaftsliste ab. Bevorzugt sollten schichtuntaugliche Produktionskollegen berücksichtigt werden.

Da es sich bei der Anlagereinigung

laut Dr. Hesse, um eine durchaus anspruchsvolle Tätigkeit handelt, sollten die Eingruppierungen überprüft werden.

Wenn pro Schicht ein Mitarbeiter auf Tagschicht versetzt wird, könnte es Probleme in Bezug auf die Arbeitsbelastung der Mitarbeiter geben. Dies muss geprüft werden.

Da nach Aussage von Dr. Hesse die Häufigkeit der Anlagen-Reinigung aufgrund von geänderten Produktionsbedingungen in Geb. 90 außerordentlich angestiegen ist, müsste dies einen erhöhten Personalbedarf in der Analytik zur Folge haben.

Betriebsräte der Belegschaftsliste; V.i.S.d.P. Margot Kellermann, Friedrich-Ebert-Straße, Haan

Klaus Annuß, PH-OP ELB WP Ö+S, Geb. 52, Tel. 7307;
Gonda Dörschelln, PH-OP ELB QW, Geb.302, Tel. 2816
Siegbert Hufschmidt, Betriebsrat, Geb.54, Tel. 7543
Björn Reitz, PH-OP ELB AQ, Geb.302, Tel. 2765
Beatrix Sassermann, PH-R EU SID, Geb. 459, Tel. 4284

Michael Schmidt-Kießling, Betriebsrat, Geb.54, Tel.2546
Gabi Stallony, PH-R EU-CF (CWL), Geb. 460, Tel. 5519
Gerd-Peter Zielezinski, PH-OP-ELB Betr. 2/4 ,Geb 16, Tel. 2567
Erste Ersatzmitglieder:

Ulrich Franz, PH-R EU CF (CWL), Geb. 455, Tel. 4475
Ralf Hochwald, PH-OP ELB WP TR, Geb. 90, Tel. 7345

Die Belegschaftsliste im Internet: www.belegschaftsliste.de

Die Hatz des Hartz

oder: Wie eine große Koalition entsteht...

Bundeskanzler Schröder hat den Personaldirektor von VW als Leiter der Kommission zur "Verringerung" der Arbeitslosigkeit bzw. Effektivierung der Arbeitsämter berufen: die sogenannte Hartz-Kommission!

Wen könnte man besseres finden?

Peter Hartz hatte bei VW den Abschluss des Tarifvertrages 5000 x 5000 gegen die Beschäftigten und lange Zeit auch gegen den Widerstand der IGM durchgedrückt. 5000 neue Beschäftigte für 5000 DM Brutto, mit möglicher längerer Arbeitszeit und anderen Verschlechterungen gegenüber dem gültigen Tarifvertrag.

Das jetzt nicht mehr die Rede von 5000 neuen Beschäftigten ist, es könnten auch 2800 oder 3500 werden, wer redet noch darüber? Die IG Metall ist mit gefangen und mit gehangen!

Jetzt darf Manager Hartz an die Arbeitslosen ran!

Und er macht radikale Vorschläge. Nicht die Unternehmer sollen mehr einstellen müssen. Nein, die Arbeitslosen sollen dafür büßen, dass sie rausgeschmissen worden sind.

nichtig erklärt. Z.B. müssen Krankenkassen auch das 13. Monatsgehalt bei der Lohnfortzahlung berücksichtigen, weil davon auch Beiträge kassiert wurden.

Hartz will mit der Senkung des Arbeitslosengeldes die Ausgaben der Arbeitsämter von ca. 40 Mrd. Euro auf 13,2 (!) senken.

Weiter sollen Arbeitslose Selbständige werden und in bestimmten Fällen nur 10 Prozent Steuern zahlen. Dann Gute Nacht für die bestehenden Handwerksbetriebe, die noch rechtmäßig Steuern zahlen. Die werden dann Mitarbeiter entlassen müssen, weil sie zu teuer sind. Die Entlassenen, die nicht selbständig werden wollen oder können, sollen dann kurzfristig, schnell und ggf. als Leihkraft unter Wert vermittelt werden. Und Unverheiratete sollen für wenig Geld vagabundierend durch die Republik gescheucht werden!

Insgesamt ein schönes Geschenk an die Großunternehmen, aber Hartz ist ja Personalchef eines Großunternehmens. Der CDU-Politiker Späth und Superminister in spe unter Stoiber findet die

Vorschläge gut. Da wollten die FDP und die Grünen nicht nachstehen und begrüßten den Vorschlag ebenfalls. Denn die Parteien schielen auf die Wähler für die nächste Bundestagswahl. Und einige Wähler an den „Stammtischen“ halten Arbeitslose immer noch für faul und selbst schuld an ihrem Schicksal! Unternehmensnahe Parteien können somit Wähler gewinnen und ihr Klientel, den Unternehm-

men, gleichzeitig schönen Zeiten in Aussicht stellen. Die SPD kann wiederholt so tun, als wenn sie die Arbeitslosigkeit bekämpfen könnte.

Mit dem Kommissions-Vorschlag wurde eine unheilige Allianz begründet.

Was Teile des DGB's geritten hat, den Vorschlag stückweise gut zu finden, kann man nur erahnen: Wahlkampfhilfe für die SPD-Grüne-Regierung steckt sicherlich dahinter.

In anderen Ländern riefen Gewerkschaften bei ähnliche Vorschlägen zu

Generalstreiks auf, wie in Italien mit 13 Mio. Streikenden und Spanien, wo die gesamte Wirtschaft lahmgelegt wurde. Dortige Gewerkschaften und Beschäftigte hatten schnell durchschaut was mit solchen Vorschlägen wirklich beabsichtigt wird: die Unternehmer sollen von Lohnnebenkosten entlastet werden und die Arbeitnehmer ein Stück weiter sozial ungesicherter gestellt werden. Allerdings hat jetzt auch der Chef der Gewerkschaft Ver.di Bsirske der Regierung mit Streiks gedroht, sollten Gesetze in diese Richtung beabsichtigt sein!

Was wird passieren?

Es ist keine Hypothese, dass der versprochene Rückgang der Arbeitslosigkeit ausbleiben wird, denn Arbeitsplätze werden mit den Hartz-Vorschlägen nicht geschaffen. Demgegenüber wird die Statistik geschönt werden, wenn viele Arbeitslose als Leistungsbezieher rausfallen und in der Statistik nicht mehr auftauchen.

Weiter bedeutet eine Spirale nach unten für die vielen finanziell schlechtgestellten Arbeitslosen auch für die „Noch-Beschäftigten“ ein starker Druck. Die Forderung nach Lockerung des Kündigungsschutzes ist da nur ein Gedanke!

Und was geht das die Bayer-Mitarbeiter an?

Mindestens ältere Arbeitnehmer würden direkt betroffen sein, wenn die Gewerkschaften, die Arbeitslosen und die Bevölkerung das Hartz-Schröder-Vorhaben nicht verhindern. Denn für ältere Arbeitnehmer sollen die Zahlungen verringert und verkürzt werden! 55er-Vorruhestands-Regelungen würden dann niedriger ausgestattet werden, weil der Arbeitsamtsanteil sinken bzw. ganz wegfallen würde!

Und wer sagt dann, dass nicht auch Bayer-Mitarbeiter direkt betroffen sein könnten? Im PF-Bereich wird aufgrund der Synergien des Zusammenschlusses mit Aventis CropScience von einem Arbeitsplatzabbau in Höhe von mehreren Tausend gesprochen.

Es gibt also viele Gründe dagegen zu sein. Doch es gibt auch viele Möglichkeiten aktiv zu werden. Sagen Sie ihre Meinung den Gewerkschaften, und / oder Ihren Bundestagsabgeordneten. Oder nehmen Sie an den vielen geplanten Demos und Aktionen gegen den Sozialabbau teil.

Packen wir's an!

Ulrich Franz

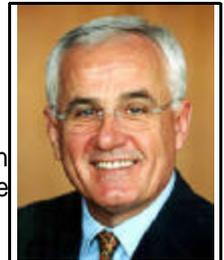


Z.B. hinter dem Kommissionsvorschlag "Leistungsberechnung soll deutlich vereinfacht werden", steht, dass die Bezüge der Arbeitslosen nach kurzer Zeit pauschal fast auf Sozialhilfe abgesenkt werden sollen. Da hilft auch jahrelange Einzahlung in die Arbeitslosenkasse nichts nach der Vorstellung der Hartz-Kommission. Sollte der Vorschlag tatsächlich so in Gesetz gegossen werden, sind Verfassungsklagen sogar aussichtsreich. In ähnlichen Fällen wurden Gesetze per Gericht für null und

Die Eckpunkte des Hartzpapiers

(aus einer Meldung der Financial Times Deutschland)

Bundeskanzler Gerhard Schröder erhofft sich von den Vorschlägen der Reformkommission den lang ersehnten Schub für seinen Wahlkampf. "Die Richtung des Gesamtkonzeptes stimmt", sagte er am 23.6.2002.



Dr. Peter Hartz,
VW-Manager und Chef
der Kanzler-Kommission

- ⇒ Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit soll von derzeit 33 auf 22 Wochen sinken.
- ⇒ Die Ausgaben für Arbeitslosengeld von heute 40 Mrd. auf 13,2 Mrd. Euro gesenkt werden,
- ⇒ Schwarzarbeit soll bekämpft werden, Sanktionen für Arbeitslose ausgeweitet und Vermittlungen beschleunigt werden. Zur stärkeren Nutzung der Zeitarbeit sollen aus den Arbeitsämtern so genannte Personal-Service-Agenturen (PSA) ausgegründet werden. Ähnlich wie Zeitarbeitsfirmen sollen sie Arbeitslose einstellen und an Auftraggeber vermitteln.
- ⇒ Problemgruppen wie gering Qualifizierte und Langzeitarbeitslose könnten für eine gewisse Zeit kostenlos an ein Unternehmen ausgeliehen werden - in der Hoffnung, dass sie anschließend in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden. Nach Ansicht der Kommission könnten so 780.000 Arbeitslose neue Jobs finden.
- ⇒ Leistungsberechnung soll deutlich vereinfacht werden. Die Kommission schlägt vor, das Arbeitslosengeld künftig in den ersten sechs Monaten in drei pauschalen Stufen auszuzahlen.
- ⇒ Weitere 450.000 Arbeitslose sollen über eine Beschleunigung der Vermittlung und neue Zumutbarkeitsregeln abgebaut werden, sprich aus der Statistik verschwinden.



- ⇒ Statt wie bislang um rund 500 bis 600 Fälle soll ein Vermittler sich künftig nur um 200 Arbeitslose kümmern. Um dafür die Kapazitäten zu schaffen, soll die Leistungsberechnung deutlich vereinfacht werden (siehe oben).
- ⇒ Damit Arbeitslose schneller vermittelt werden können, sollen sie sich künftig bereits bei der Kündigung und nicht erst beim faktischen Eintreten der Arbeitslosigkeit melden.
- ⇒ Auch die Zumutbarkeit soll je nach sozialem Stand verschärft werden: Jüngere Alleinstehende müssten dann künftig für einen Job auch über eine längere Distanz umziehen.
- ⇒ Ein weiterer wichtiger Themenkomplex ist die Bekämpfung der Schwarzarbeit, von der sich die Hartz-Kommission 500.000 zusätzliche legale Jobs verspricht. Arbeitslose, die sich selbstständig machen wollen, sollen dazu auf weniger bürokratische Hindernisse stoßen. Außerdem sollen sie lediglich mit einer Pauschalsteuer von zehn Prozent belegt werden.

Werksbus wird eingestellt

Obwohl die fast 1000 Kolleginnen und Kollegen für die Beibehaltung der Werksbusse und eine verbesserte Parkplatzsituation mit ihrer Unterschrift plädiert haben, wird die Busverbindung zwischen dem Forschungszentrum Aprath und den Werk an der Wupper eingestellt.

Mitarbeiter, die in dem jeweils anderen Werksteil arbeiten oder sonst warum dort hin müssen, sollen die Buslinie 611 der Wuppertaler Stadtwerke oder ein Taxi nehmen. Dies wird dann jeweils über die Abteilung abgerechnet.

Unserem Werksleiter von der Linden fiel dazu ein, dass die Nutzer der Werksbuslinie die Kosten von angeblich 1450 Euro pro Mitarbeiter und pro Jahr doch tragen könnten; dann würde der Bus weiterbetrieben.

Die Belegschaftsliste meint dazu: Ein reichlich arroganter Vorschlag von jemandem, der jeden Meter mit dem Bayer - Mercedes fährt und das ignorant mit dem Votum von fast 1000 Beschäftigten umgegangen wird.

Privatisierung des Gesundheitswesens:

Leistung für Reiche, Kosten für die Mehrheit

Das Gesundheitswesen steht, unabhängig davon, wer die zukünftige Regierung stellen wird, auf der Liste der Projekte, die als nächstes „reformiert“ werden sollen. Nachdem man bei der Rentenreform die Arbeitgeber entlastet und die Arbeitnehmer vor die Wahl Zuzahlung oder Rentenminderung gestellt hat, kommt nun die Gesundheitsversorgung unter den Hammer.

Was ein privates Gesundheitssystem heißt, kann man in den USA, dem Land der unbegrenzten Freiheit sehen: teure Privatvorsorge, die sich viele nicht leisten können, Probleme für chronisch Kranke, überhaupt noch einen Versicherer zu finden, private Fonds, die aufgrund von Börsenspekulation oder Insolvenzen (siehe Enron oder WorldCom) Pleite gehen können. Renommierte Unter-

nehmensberatungsfirmen warnen vor betrieblichen Pensionsfonds: sie verloren in 2001 15% an Wert. In diesem Jahr dürfte der Verlust größer ausfallen.

Wehret den Anfängen

Die Gesundheitsversorgung ist keine Ware, die privatwirtschaftlichen Profitinteressen unterworfen werden darf, sondern ein soziales Grundrecht der Menschen. Daher rufen verschiedene Gewerkschaften und soziale Bewegungen zu einer Kampagne gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens auf. So finden z.B. am 3.9. in der Alten Feuerwache (Elberfeld) eine Info-Veranstaltung und am 14. September in Köln ein bundesweiter Aktionstag statt.

Mehr Infos: www.attac-netzwerk.de

Zukunft der Toxikologie

Am 6. Juni informierte Herr Dr. Kayser, Leiter von Toxikologie und Präklinischer Entwicklung den Betriebsrat über Änderungen in seinem Bereich. Insbesondere interessierte die Betriebsräte, welche Auswirkungen Rebound und die Bildung des Teilkonzerns Bayer CropScience inkl. des Aufkaufs von Aventis CropScience für die Beschäftigten haben können. In der Präklinischen Entwicklung ändert sich personell zunächst nichts. Die Toxikologie in Wuppertal, die bis-

her schon Untersuchungen für den Pflanzenschutz durchgeführt hat, wird auch nach der Integration von Aventis CropScience in die neue Bayer CropScience Aufträge vom neuen Teilkonzern erhalten. In der Zukunft wird es 3 Toxikologiezentren bei Bayer CropScience geben: Stillwell (USA), Sophia-Antipoli (Frankreich) und die Unterabteilung der Elberfelder Toxikologie für PF/CropScience. Toxikologieaktivitäten in West Haven und Japan mit ca. 100 MA werden abgebaut oder umgeleitet. Die Toxikologie intern in die Bereiche HealthCare, CropScience und Industriechemikalien gegliedert wird im Wesentlichen

unverändert bleiben. Änderungen ergeben sich für die Projektleiterebene. Personalabbauvorgaben für Elberfeld gibt es nach Aussage von Kayser nicht. Die Planung sieht vor, die Personalzahlen auf dem heutigen Stand zu belassen.

Lediglich für den Bereich Toxicogenomics in Elberfeld ist die längerfristige Finanzierung noch nicht abschließend geklärt. Dr. Kayser ist aber optimistisch, es erfolgt derzeit kein weiterer Ausbau dieses Bereiches.

Die Hundehaltung für die Versuche in Elberfeld scheint gesichert. Es gibt keine Beanstandung des jetzigen Verfahrens.

Werksausweis – Offenes Tragen wird zur Pflicht Oder: Mobbing leicht gemacht

Ab dem 1. Juli 2002 wird es zur Pflicht: alle Beschäftigten müssen auf dem Werksgelände den Werksausweis offen tragen, „zur nochmaligen Steigerung des ohnehin schon sehr hohen Standards der Sicherheit“. Ausnahmen sind aus betriebsspezifischen Gründen (z.B. in der Produktion) möglich. Nach einer kurzen Übergangsphase sollen unsere Werkschützer diese Anweisung auf Befolgung auch kontrollieren.

Denunziantentum wird gefördert

Aber auch alle Beschäftigten werden aufgerufen, „auf Auffälligkeiten zu reagieren, Personen ohne Ausweis anzusprechen, oder den Werkschutz einzuschalten.“

Wer „ohne“ erwischt wird, kann gemäß Arbeitsordnung geahndet werden.

Kolleginnen und Kollegen halten die angeblichen Sicherheitsmaßnahmen, wozu in erster Linie auch das Abschließen sämtlicher Gebäude im Forschungszentrum gehört, für überzogen und lästig. Dass unsere IG Chemie- Betriebsräte den Gebäudeabschließungen zugestimmt bzw. nichts gegen die Tragepflicht des Ausweises unternommen haben, verstehen nur wenige.

Der Eindruck, dass es mit diesen Maßnahmen mehr um Kontrolle der Beschäftigten geht, muss entstehen. Denn alternative Sicherheitskonzepte, die weniger lästig und mit weniger Kontrolle der Beschäftigten verbunden gewesen wären, lagen zwar vor, wurden aber weder von Bayer noch von den verantwortlichen Betriebsräten diskutiert.

Brandschutz vor der Reduzierung

Am 13.6.2002 ließen sie die Katze aus dem Sack: Werkleiter von der Linden und Brandschutzchef Teichelkamp informierten den Betriebsrat, dass sie bei der zuständigen Landesbehörde eine durchaus drastische Mannschaftsreduzierung der Werkfeuerwehr beantragt haben.

Neue Genehmigung beantragt

Der heutige Genehmigungsbescheid des Regierungspräsidenten verlangt eine Mannschaftsstärke von 14 Funktionseinheiten. Das bedeutet, dass bei einem 24-Stunden-Schichtsystem eine dauernde Besetzung von 14 Positionen gesichert sein muss. Hieraus errechnet sich die tatsächliche Personaleinsatzstärke der beiden Löschzüge, die bei Berücksichtigung von Urlaub und Krankheit dann mehr als 2 mal 14 Personen ergeben muss.

Die Feuerwehr hat schon länger Personalnöte. So wurde versucht, mit „nebenberuflichen Einsatzkräften“ die notwendige Personalstärke zu erreichen. Doch auch dies war in den vergangenen Monaten oft problematisch, da einige Brandschutzkollegen aus gesundheitlichen Gründen derzeit nicht für den Ernstfall einsatzbereit sind.

Mit Wegfall des größten Risikopotentials im Werk Elberfeld – der Pflanzenschutz hat sich bekanntlich verabschiedet – war eine Diskussion über eine „Anpassung“ der Werkfeuerwehr zu erwarten. Das angestrebte Ausmaß der Reduzierung aber

überrascht: Werk- und Brandschutzleitung können sich eine Reduzierung der Funktionsstellen bis auf das gesetzliche Mindestmaß zum Bestand von Werkfeuerwehren vorstellen, das sind lediglich 9 Funktionsstellen. Eine Reduzierung von 5 Funktionsstellen bedeutet aber auch einen Abbau von ca. 12 Stellen!

Unsere Nachfragen, was dies im Detail bedeutet, wurden unbefriedigend beantwortet. Es wurde vielmehr darauf hingewiesen, dass kein Antrag auf Abschaffung der Werkfeuerwehr gestellt wurde und dies auch nicht beabsichtigt sei. Allerdings, so Brandschutzchef Teichelkamp, sei bei einem Löscheinsatz immer auch die städtische Feuerwehr zu beteiligen, da die Werkfeuerwehr nur die erste Brandbekämpfung leisten könne.

Responsible Care = verantwortliches Handeln...

Wir fordern die Werkleitung auf, die Werkfeuerwehr nicht weiter zu verkleinern. Eine Feuerwehr ist ein Schutz – gerade auch für die Beschäftigten und Anwohner – für einen hoffentlich nicht eintretenden Ernstfall.

Hier kann und darf nicht mit spitzem Bleistift gerechnet werden. Sicherheit hat eben seinen Preis.

Und den sollen nicht die Mitarbeiter tragen ...

Lug und Trug?

Während Herr Morich uns zum 1.7. einen schönen Brief über offene Kommunikation und Vertrauen übersenden läßt, fühlen sich MitarbeiterInnen in der Forschung verunsichert bzw. betrogen.

Auf den Abteilungsversammlungen zu Rebound wurde von Herrn Frobel Mitte Mai mitgeteilt, dass ca. 65 MitarbeiterInnen von ZF (Zentrale Forschung in Leverkusen) schrittweise, fair und kollegial in PH-R übernommen würden. Dies war in Übereinstimmung mit Aussagen von Herrn Heiker in ZF. Herr Hartwig versicherte noch, dass der dann folgende Abbau von 100 Stellen in 2003 ohne Einschnitte erfolgen würde, da es bis dahin neue Stellen in Leverkusen gäbe.

Nun scheint es, dass die KollegInnen von ZF, deren Bereich ja aufgelöst wird, doch nicht in dem mitgeteilten Umfang und der versprochenen Fairneß nach PH-R wechseln sollen. Statt dessen empfiehlt man ihnen, sich dringend Arbeitsplätze zu suchen, und bietet vereinzelte freie

Stellen an. Und falls es nicht genügend Stellen gibt? Droht dann die Abschiebung in den Pool für "Bedarfsgerechte Einsätze" innerhalb und außerhalb des Bayerkonzerns?

Die Kolleginnen und Kollegen von PH-ZF sind zu Recht entsetzt. Und die CWL-MitarbeiterInnen warten vergeblich auf die versprochene Verstärkung zur Besetzung der freien Stellen. Sind die Aussagen der hohen Herren von Mitte Mai nichts mehr wert? Kann es wirklich sein, dass Vertrauensleute in ZF nun Zettel mit freien Stellen an Einzelpersonen verteilen? Machen die Betriebsräte dies alles mit? Wir meinen, so darf man mit

Mitarbeitern nicht umgehen! Zusagen einhalten, das schafft Vertrauen. Respekt vor der Leistung der Mitarbeiter, der mehr ist als warme Dankesworte, nämlich eine verlässliche Personalpolitik, die sozialen Gesichtspunkten folgt. Das kann man von der Firma, auf jeden Fall doch vom Betriebsrat verlangen, oder?

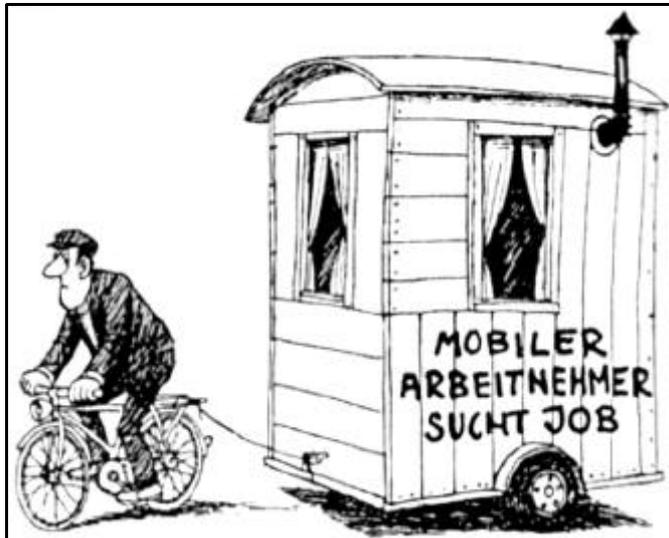
**Vielen Dank an alle, die mit Ihrer
Spende das Erscheinen dieser Zeitung
ermöglichen.**

**Unsere Konto-Nr.: 4760625, Commerz-
bank Wpt., BLZ 33040001, Kennwort :
Hochwald/Belegschaftsliste**

Fortsetzung Titelseite:

Ausforschung bis auf's Hemd

Die Belegschaft braucht endlich eine sinnvolle Regelung der täglich benutzten neuen Technologien. Natürlich darf auf Bayerkosten keine umfangreiche Privatarbeit erfolgen. Aber nur weil Kollege A der Kollegin B eine vielleicht „halbdienstliche“ E-mail schickt, darf dies nicht zur Angst in der Belegschaft führen, etwas unredliches getan zu haben. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass es so manchem sehr gelegen kommt, solche „Delikte“ gerade jetzt zum Argument für Personalabbau zu nutzen.



Termine der Belegschaftsliste:

10.7.2002, 16.30 Uhr:

Belegschaftslistenversammlung, Alte Feuerwache, Elberfeld

27.7.2002, 15.00 Uhr

Grill- und Spielenachmittag und für Kinder, Grillhütte auf der Hardt



KOLLEGE KARL

Hallo? Ist dort die Bundesanstalt für Arbeit? Ich hätte einen Reformvorschlag zur Verbesserung der Arbeitslosenstatistik...



Also, was ist? Wollen Sie und können bloß nicht, oder können Sie und wollen nicht?!

